



An
Bürgermeister Otto Neuhoff
und die Vorsitzende Frau Dr. Bell
Rathausplatz 1
53604 Bad Honnef

Bad Honnef, 03.01.2021

Antrag der Fraktion „Liste Bündnis 90/Die Grünen“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Neuhoff,
Sehr geehrte Frau Dr. Bell,

wir bitten Sie, unseren Antrag zum Thema „**Klimarelevanz**“

als Tagesordnungspunkt in der **Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Mobilität, Klimaschutz und Wald Sicherheitswesen** am **18.02.2021** zu behandeln.

Beschlussvorschlag:

- 1. Der Ausschuss „Umwelt, Mobilität, Klimaschutz und Wald“ beauftragt die Verwaltung, für alle Maßnahmen, die relevante Auswirkungen auf das Klima haben, in den Beschlussvorlagen deren Klimarelevanz zu beurteilen.**
- 2. Die Beurteilung der Klimarelevanz geplanter Maßnahmen soll sich an der vom Deutschen Städtetag im Januar 2020 empfohlenen „Orientierungshilfe für die Prüfung klimarelevanter Beschlussvorlagen (PkB) in kommunalen Vertretungskörperschaften“ des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIFU) orientieren.**

Begründung

Die Herausforderungen des Klimawandels betreffen auch jede einzelne Kommune. Insbesondere die am 11.12.2020 verschärften Klimaschutzziele der EU für 2030 (Reduktion des Treibhausgasausstoßes um 55 % gegenüber 1990) als Zwischenetappe zur Klimaneutralität in 2050 erfordern die Berücksichtigung der Klimarelevanz bei jeglichen kommunalen Entscheidungen.

Um die Auswirkungen aller klimarelevanten Vorlagen besser berücksichtigen zu können, sollen Beschlussvorlagen parallel zu den bereits ausgewiesenen finanziellen Auswirkungen um die Angabe „Auswirkungen auf den Klimaschutz“ erweitert werden.

Zur Erarbeitung einer Matrix liegt die „Orientierungshilfe für die Prüfung klimarelevanter Beschlussvorlagen (PkB) in kommunalen Vertretungskörperschaften“ vor, die das Deutsche Institut für Urbanistik (DIFU) in Abstimmung mit dem Deutschen Städtetag (DST) erarbeitet und die der DST Hauptausschuss am 29. Januar 2020 empfohlen hat. Ziel dieses Vorschlags ist es, mit einer möglichst einfachen und wenig aufwändigen Vorgehensweise aufzuzeigen, wie die in den Beschlussvorlagen beantragten Maßnahmen auf ihre Klimarelevanz geprüft werden können. Dadurch kann eine gut nachvollziehbare und zugleich sachgerechte Entscheidungsgrundlage für die Verwaltung wie für die Rats- und Ausschussmitglieder angeboten werden. Nach Erfahrungen aus anderen Kommunen wird bei ca. 40 % aller Vorlagen eine Beurteilung der Klimarelevanz erforderlich.

Für die Prüfung der Beschlussvorlagen wird ein zweistufiges Verfahren vorgeschlagen, das in der ersten Stufe aus einer Vor-Einschätzung der Klimarelevanz und in der zweiten Stufe aus einer Prüfung der Klimarelevanz besteht.

Für die Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“

Isabelle Plate